

Vorlage-Nr.: **0778-2012/DaDi** vom 12.04.2012
 Aktenzeichen: 414-002
 Fachbereich: Fraktion von Die Linke
 Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker
 Beteiligungen:
 Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Bezahlbaren Wohnraum sichern - Nassauische Heimstätte nicht verkaufen!
Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Kreistag spricht sich gegen die Pläne der Hessischen Landesregierung aus, den Landesanteil an der Nassauischen Heimstätte verkaufen zu wollen. Davon sind auch 899 Wohnungen im Landkreis Darmstadt- Dieburg betroffen. Der Kreistag unterstützt damit den Protest des DGB und des Mieterbundes und vieler Mieter/innen der Nassauischen Heimstätte gegen einen Verkauf ihrer Wohnungen. Betroffen davon sind die Gemeinden Erzhausen (45), Griesheim(144), Groß- Umstadt(36), Mühlthal(24), Ober-Ramstadt(124), Pfungstadt(463) und Seeheim- Jugendheim(63).
- 2.) Der Kreisausschuss wird beauftragt, umgehend mit der Landesregierung Gespräche zu führen. Ziel soll sein, dass die Landesregierung Abstand nimmt vom Verkauf der Landesanteile an der Nassauischen Heimstätte – Wohnstadt. Die NH soll als große landesweite Wohnungsbaugesellschaft erhalten bleiben.
- 3.) Der Kreisausschuss wird gebeten, den Kreistag über die Ergebnisse dieser Gespräche zu unterrichten.

Begründung:

Wie seit Mitte Dezember 2011 bekannt ist, plant die hessische Landesregierung den Verkauf ihrer Landesanteile der Nassauischen Heimstätte. Davon wären knapp 62.000 Wohnungen und 144.000 Bewohnerinnen und Bewohner betroffen. Öffentliche Wohnungsunternehmen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgung mit preisgünstigem Wohnraum – insbesondere für Menschen mit niedrigeren Einkommen. Die Mieter der NH verfügen laut Mieterbund über ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 1500 Euro. 41 Prozent beziehen Rente. Acht Prozent leben von Transferleistungen, also Arbeitslosengeld oder Hartz IV. Angesichts des sich zuspitzenden Mangels an bezahlbarem Wohnraum wird die Rolle dieser öffentlichen Wohnungsunternehmen noch wichtiger. Sie können politisch als Marktregulativ gegen die Explosion der Mietpreise und Immobilienspekulation wirken.

Zudem werden öffentliche Wohnungsbaugesellschaften benötigt, damit die Modernisierung und energetische Sanierung der großen Wohnungsbestände für die Mieter bezahlbar bleibt. Die Zukunft eines klimagerechteren Wohnungsbestandes wird davon abhängen, dass sich diese Unternehmen aktiv an den Stadtsanierungen beteiligen.

Hierzu leistet die Nassauische Heimstätte als Wohnungsbaugesellschaft im Landesbesitz auch in unserem Landkreis Darmstadt- Dieburg einen erheblichen Beitrag.

Mittlerweile haben verschiedene Gemeindeparlamente sich für einen Verbleib der Mehrheitsanteile an der Nassauischen Heimstätte in den Händen des Landes Hessen ausgesprochen. Aufgrund eines gemeinsamen Antrags von CDU und Grünen fasste die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt, die zweitgrößter Anteilseigner an der Nassauischen Heimstätte ist, einen entsprechenden Beschluss. Die Kreistagsabgeordneten unseres Landkreises sollten sich diesen Initiativen anschließen.